

Starke Kommunen für ein starkes Mecklenburg-Vorpommern **12 Punkte für gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land**

Forderungspapier anlässlich des 2. Kommunalgesprächs der CDU-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern am 15. April 2025 in Güstrow

Unsere Städte, Gemeinden und Landkreise sind das Fundament unseres Bundeslandes. Sie sichern die Daseinsvorsorge, gestalten Heimat und halten das gesellschaftliche Leben zusammen. Doch vielerorts stoßen die Kommunen an ihre Belastungsgrenzen – finanziell und personell. Eine aufgabengerechte Finanzausstattung ist Grundvoraussetzung für kommunale Selbstverwaltung – erst sie ermöglicht finanzielle Eigenverantwortung der Kommunen. Städte und Gemeinden müssen ihre Kosten und Investitionen auch ohne Fördermittel selbst tragen können. Neue Aufgaben dürfen nur ausnahmsweise übertragen und müssen nach dem Konnexitätsprinzip vollständig ausgeglichen werden.

Trotz großer Fortschritte seit der Wiedervereinigung wirken strukturelle Herausforderungen in Mecklenburg-Vorpommern bis heute nach – zugleich eröffnen sie Chancen für eine nachhaltige Neuausrichtung. Das Land hat es bislang nicht ausreichend geschafft, diesem Bevölkerungsverlust entgegenzuwirken oder ihn umzukehren. Um die junge Generation für ein Leben in MV zu gewinnen, braucht es gezielte Maßnahmen und attraktive Lebens- und Arbeitsbedingungen. Dazu zählen unter anderem gute Bildungs- und Freizeitangebote, bezahlbarer Wohnraum mit digitaler Infrastruktur, eine flächendeckende Gesundheitsversorgung sowie begleitende Maßnahmen zur Umsetzung des Bundes-Infrastrukturpakets.

1. Zuzug fördern – insbesondere ländliche Infrastruktur stärken

Viele Regionen in Mecklenburg-Vorpommern leiden unter Bevölkerungsrückgang, weiten Wegen, eingeschränkter Mobilität und mangelnder Daseinsvorsorge. Es fehlen gezielte Anreize für Menschen und Unternehmen, sich im ländlichen Raum niederzulassen.

Wir fordern: Eine Gesamtstrategie für den ländlichen Raum – mit klaren Zuzugsanreizen, etwa durch Investitionen in Verkehrsanbindung, digitale und soziale Infrastruktur, wohnortnahe Gesundheitsversorgung und Bildung. Ländliche Räume müssen wieder als gleichwertige Zukunftsräume verstanden und Wohnbauflächenentwicklung zugelassen werden.

2. Kleinstädte als lebendige Zentren im ländlichen Raum sichern

Kleinstädte - auch solche ohne raumordnerische Einstufung als Grundzentren - sind Ankerorte für ihr Umland. Sie bündeln Versorgung, schaffen Arbeitsplätze, bieten Bildung, Kultur und medizinische Infrastruktur. Doch viele dieser Zentren stehen unter Druck: Durch Abwanderung, Fachkräftemangel und fehlende Investitionen.

Wir fordern: Ein gezieltes Förderprogramm zur Stärkung von Kleinstädten als regionale Ankerorte. Sie müssen als Chancenräume verstanden werden. Geförderte Investitionen in Stadtentwicklung und Sanierung müssen zugelassen und gebündelt werden, um die zentrale Rolle von Kleinstädten für ihr Umland dauerhaft zu sichern. Die Städtebauförderung und sonstige Förderprogramme müssen wieder für alle Kleinstädte geöffnet werden. Kommunale oder privatwirtschaftliche Initiativen zur Belebung der Innenstädte sind durch das Land zu unterstützen.

3. Fördermittel neu denken – zielgerichtet und bedarfsgerecht

Über 60 Prozent der Kommunen in Deutschland – besonders in Ostdeutschland – gelten als steuer- und investitionsschwach. Trotzdem orientieren sich der bundesstaatliche Finanzausgleich und viele Förderprogramme weiterhin an starren Verteilungsschlüsseln wie dem Königsteiner Schlüssel. Diese Systematik benachteiligt strukturschwache Regionen wie Mecklenburg-Vorpommern und verschärft bestehende Ungleichheiten.

Wir fordern: Die Mittelvergabe von Bund und EU muss sich künftig konsequent an der Investitionskraft, den strukturellen Herausforderungen und dem konkreten Bedarf vor Ort orientieren. Demografie, Fläche, Infrastrukturausstattung, Wirtschaftskraft und Daseinsvorsorge müssen stärker berücksichtigt werden.

4. Sondervermögen Infrastruktur für Abbau des kommunalen Investitionsstaus nutzen

Die Kommunen sind vom Investitionsstau in besonderem Maße betroffen, der zusätzliche Investitionsbedarf bis Mitte der 2030er Jahre wird auf rund 190 Milliarden Euro beziffert.

Wir fordern: Ein Investitionsprogramm des Bundes nach dem Vorbild des Zukunftsinvestitionsgesetzes, um mit der zügigen Umsetzung planungsreifer Vorhaben auf kommunaler Ebene eine unmittelbare Belebung der Baukonjunktur zu erreichen. Das Verfahren muss bürokratiarm und vorwiegend über pauschale Zuweisung, analog zur Infrastrukturpauschale, gestaltet sein.

5. Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) -Förderquote erhöhen – Strukturwandel ermöglichen

Gebiete mit geringer und insbesondere sinkender Bevölkerungsdichte – wie viele Regionen in Mecklenburg-Vorpommern – haben im Vergleich zu Ballungszentren zunehmend mit strukturellem Nachholbedarf zu kämpfen.

Wir fordern: Eine deutlich erhöhte GRW-Förderquote für strukturschwache Regionen. Investitionen in wirtschaftsnahe Infrastruktur und insbesondere in kleine und mittlere Unternehmen müssen gezielt erleichtert werden.

6. Förderlandschaft grundlegend vereinfachen

Die Kommunen sind mit einer Vielzahl von Förderprogrammen konfrontiert, die zudem uneinheitlich strukturiert und mit hohem Verwaltungsaufwand sowohl bei der Antragstellung als auch Abrechnung verbunden sind.

Wir fordern: Für Fachförderungen des Landes müssen Vereinfachungen im Zuweisungssystem erzielt werden. Die Systematik ist zu vereinheitlichen, zudem sind die Förderverfahren auf digitale Prozesse umzustellen, um den Bearbeitungsaufwand deutlich zu senken. Darüber hinaus sollten, begleitet durch Kriterien und Kontrollen, Einzelförderungen zugunsten von Zuweisungen über das FAG M-V verringert werden. Eine deutliche Erhöhung der Infrastrukturpauschale muss schon im nächsten Landesdoppelhaushalt umgesetzt werden.

7. Zukunftsindustrien ansiedeln – Standortvorteile nutzen

Mecklenburg-Vorpommern bietet beste Voraussetzungen für die Ansiedlung moderner Industrie: Viel verfügbare Fläche, eine starke Forschungslandschaft, eine ausbaufähige Infrastruktur – und überdurchschnittlich viel erneuerbare Energie.

Wir fordern: Eine gezielte Ansiedlungsstrategie für Zukunftsbranchen. Bestehende Cluster – etwa in der Biotechnologie – müssen gestärkt und besser mit der Regionalförderung verzahnt werden. Mecklenburg-Vorpommern muss aktiver Teil des „Net-Zero Industry Act“ der EU und nationaler Industrieprogramme werden.

8. Regionalbonus bei Vergaben einführen

Bei der Vergabe öffentlicher Bundesaufträge wird Mecklenburg-Vorpommern regelmäßig unterproportional berücksichtigt. Besonders bei Infrastrukturprojekten und Fördermaßnahmen müssen strukturelle Nachteile stärker ausgeglichen werden.

Wir fordern: Die Einführung eines verbindlichen Regionalbonus bei Bundesvergaben, um strukturschwächere Regionen gezielt zu stärken und bundesweit faire Wettbewerbsbedingungen zu schaffen.

9. Rückkehr zu geordneter Migrationspolitik

In den letzten Jahren hat die Migration zu einer massiven Überforderung der Kommunen geführt. Insbesondere bei der Unterbringung von Geflüchteten und bei den Sozialaufgaben (z.B. KITA, Schule).

Wir fordern die Landes- und Bundesregierung auf, den weiteren Zuzug illegaler Migration zu stoppen und zu einer geordneten Migrationspolitik (konsequente Rückführungen) zurückzukehren.

10. Sozialausgaben begrenzen – Kommunale Haushalte entlasten

Die Kommunen stehen infolge stark gestiegener Sozialausgaben zunehmend unter Druck. Gesetzesänderungen – insbesondere das Bundesteilhabegesetz (BTHG) – haben die Leistungen in der Sozial- und Eingliederungshilfe neu strukturiert und die Ausgaben deutlich erhöht. Zudem geraten viele Kommunen durch das Bürgergeld in eine strukturelle Vorfinanzierungsrolle – mit unklaren Rückflüssen und wachsender Zinslast.

Wir fordern: Eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Kommunen, um die Ausgabendynamik in der Sozialpolitik zu bremsen und die kommunalen Haushalte kurzfristig zu entlasten. Die kommunalen Träger brauchen mehr Steuerungs- und Gestaltungsspielräume sowie eine klare Regelung der Zuständigkeiten und Finanzierungsanteile, um kommunale Vorleistungen und Zinsrisiken zu vermeiden.

11. Kita-Kosten rechtssicher regeln

Seit der Einführung der Beitragsfreiheit im Jahr 2020 tragen die Kommunen einen wachsenden Anteil der Kosten – ohne ausreichend Einfluss auf die Ausgestaltung der Leistungen. Trotz höherem Landesanteil tragen auch die Kommunen deutlich mehr Kosten, die die finanziellen Spielräume der kommunalen Ebene gefährden. In die Entscheidung zur Beitragsfreiheit waren sie jedoch kaum einbezogen.

Wir fordern: Eine rechtssichere und faire Neuordnung der Kita-Finanzierung. Das Land muss seiner Verantwortung gerecht werden und Kommunen sowie Träger dauerhaft absichern. Der Landesanteil an den Kitakosten muss um mindestens zwei Prozent erhöht werden.

12. Tourismus stärken, nicht belasten

Der Entwurf zum neuen Tourismusgesetz Mecklenburg-Vorpommern greift in unzulässiger Weise in die kommunale Selbstverwaltung ein. Vorgesehene Erhebungspflichten, wie etwa eine erweiterte unternehmensbezogene Tourismusabgabe führen zu zusätzlichen finanziellen Belastungen für Unternehmen und beeinträchtigen die kommunale Wirtschaft.

Dem Gesetzentwurf fehlt eine strategische Gesamtperspektive für den Tourismus im Land. Statt einer nachhaltigen Weiterentwicklung geht es primär um Einnahmeerzielung – ohne erkennbare konzeptionelle Impulse für Qualität,

Wettbewerbsfähigkeit oder Zukunftsfähigkeit des Tourismusstandorts Mecklenburg-Vorpommern.

Wir fordern: Der aktuelle Entwurf des Tourismusgesetzes ist, auch im Sinne des Bürokratieabbaus, zurückzunehmen. Gemeinsam mit kommunalen Vertretern und der Tourismuswirtschaft soll eine nachhaltige, praxisnahe Gesamtstrategie erarbeitet werden. Der Tourismus als zentraler Wirtschaftszweig ist zu stärken – ohne die kommunale Wirtschaft und Selbstverwaltung unverhältnismäßig zu belasten.